

## **ANTRAG**

**der Fraktion der AfD**

### **Abschiebungshaft in Justizvollzugsanstalten umsetzen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf zum sogenannten Geordnete-Rückkehr-Gesetz anzuschließen und die darin enthaltenen Möglichkeiten konsequent in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen.

**Nikolaus Kramer und Fraktion**

**Begründung:**

Das Bundesinnenministerium hat das sogenannte Geordnete-Rückkehr-Gesetz vorgelegt. Dieses ist vom Bundeskabinett verabschiedet worden. Eine für die Rückführungspolitik der Länder bedeutsame Änderung der Gesetzeslage besteht darin, dass eine Aussetzung des Trennungsgebotes von Abschiebungs- und Strafgefangenen umfassend geregelt wird.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern weist ein eklatantes Vollzugsdefizit bei der Umsetzung der Ausreisepflicht auf. Trotz dieser Situation ist sich die Landesregierung uneins darüber, ob die von der Bundesregierung vorgestellte Anwendungsmöglichkeit der Abschiebungshaft in regulären Justizvollzugsanstalten möglich sein soll. Wir fordern daher die Landesregierung auf, ihren internen Disput zu beenden und die anvisierte Gesetzeslage bei Rückführungsmaßnahmen konsequent im Land umzusetzen.